



Bundesamt für Energie
Abteilung Energieeffizienz und
erneuerbare Energien
Dienst Führungsunterstützung
3003 Bern

Per E-Mail an:
EnV.AEE@bfe.admin.ch

Bern, 5. Februar 2016

Anhörung zur Änderung der Verordnung über die Reduktion der CO₂-Emissionen Stellungnahme des Schweizerischen Gemeindeverbands (SGV)

Sehr geehrter Herr Direktor Steinmann

Mit Schreiben vom 18. November 2015 haben Sie dem SGV das oben erwähnte Geschäft zur Stellungnahme unterbreitet. Für die Gelegenheit uns aus Sicht der rund 1'625 dem SGV angeschlossenen Gemeinden äussern zu können, danken wir Ihnen.

Vor dem Hintergrund der Empfehlungen der Eidgenössischen Finanzkontrolle und den Forderungen der Finanzdelegation der eidgenössischen Räte kann der SGV die vorgeschlagenen Verordnungsänderungen nachvollziehen. Damit sollen die Kantone – und ebenfalls die Städte und Gemeinden, welche ihrerseits entsprechende ergänzende Programme im Gebäudebereich vorsehen – die notwendige Planungssicherheit für ihre Förderprogramme ab 2017 erhalten.

Grundsätzlich unterstützt der SGV die Übertragung der Verantwortung für die Mittelvergabe an die Kantone, da damit gezielter auf die lokalen Anforderungen und Gegebenheiten eingegangen werden kann. Dieser Ansatz berücksichtigt aus Sicht des SGV jedoch die bereits sehr ausführlichen Erfahrungen aus den Vorgängerprogrammen (z.B. von Energie 2000 oder dem Gebäudeprogramm der Stiftung Klimarappen) eindeutig zu wenig. So erscheint beispielsweise eine gemeinsame Basis für den schweizweiten Erfolg des Programms, also bei den potentiellen Gesuchstellern und anderen Beteiligten, als absolut zentral, allein schon aus kommunikativer und marketingtechnischer Hinsicht. Angesichts der lang dauernden Gesuchabwicklung (bis zu fünf Jahren!) sind zudem die Sicherstellung einer kompetenten Beratung und die informierte Begleitung der Gesuche zwingend sicherzustellen, was durch eine Zersplitterung des Programms doch arg gefährdet wäre.

In diesem Sinne würde sich der SGV wünschen, dass die vorgeschlagenen Änderungen im materieller Hinsicht im Lichte der Erfahrungen aus den bisherigen Programmen nochmals angepasst werden, indem insbesondere die Erfahrungen aus Vollzugssicht in den Vordergrund gestellt werden. Dabei könnte zum Beispiel

auch die Vor- und Nachteile des Systemansatzes im Vergleich zum Komponentenansatz in den Förderprogrammen ausführlicher besprochen werden. Ziel der zukünftigen Förderprogramme sollte es aus Sicht des SGV sein, dass der Bund die Kantone auch dabei unterstützt, dass mit den vorhandenen Fördermitteln die grösstmöglichen CO2-Einsparungen erreicht werden können. Wie im Schlussbericht des Investitionsprogramm Energie 2000 gezeigt werden konnte, wird dies nicht zuletzt auch zu einer Entlastung der Bundesfinanzen führen.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gemeindeverband

Präsident



Hannes Germann
Ständerat

Direktor



Reto Lindegger

Kopie an: Schweizerischer Städteverband, Bern